

DIW-Chef Zimmermann, „Uns fehlt das Image eines Einwanderungslandes“

Für Fachkräfte aus dem Ausland ist Deutschland nicht erste Wahl. Das dürften die Konzerne in den kommenden Jahren zu spüren bekommen. Im FOCUS-Online-Interview sagt DIW-Chef Zimmermann, was sich ändern muss.

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) hat angekündigt, dass er Deutschland für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiver machen will. Das ist dringend notwendig, findet auch der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Klaus Zimmermann. Zimmermann ist auch Direktor des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA).

FOCUS Online: Wenn sich ein IT-Spezialist aus Indien zwischen den USA und Deutschland entscheiden müsste – welches Land würde er wählen?

Klaus Zimmermann: Ganz klar die USA. Deutschland hat in der Welt nicht das Image eines Einwanderungslandes. Das Ausland hat vielmehr den Eindruck, als seien wir nicht an Fachkräften interessiert. Alles, was bisher getan wurde, das zu ändern – wie etwas die Greencard-Initiative – war zu wenig und zu zaghaft. Die Migrationsentscheidung von Arbeitskräften erfolgt außerdem mit der Unterstützung ethnischer Netzwerke. Das Einleben in einer neuen Heimat und die Integration in den Arbeitsmarkt fällt wesentlich leichter, wenn dort schon Landsleute leben. Die USA haben deshalb wegen ihrer langen Einwanderungstradition einen großen Vorteil.

FOCUS Online: Wäre denn Deutschland generell für Zuwanderer attraktiv?

Zimmermann: Im Prinzip schon. Das Land bietet ein gutes soziales Klima und gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir verlieren bis 2030 pro Jahr 250 000 Arbeitskräfte, weil die Bevölkerung schrumpft. Zuwanderer hätten also in Deutschland gute Perspektiven. Nur es kommt keiner. Andere Länder sind erste Wahl, weil sie sich wesentlich offener geben. Deutschland verweigert sich einer Arbeitsmarktöffnung.

FOCUS Online: Aber das Zuwanderungsgesetz wurde doch modernisiert, damit Hochqualifizierte leichter ins Land kommen können.

Zimmermann: Das schon. Nur weiß davon kein Mensch. Wenn ich auf meinen Auslandsreisen davon erzähle, sind immer alle völlig überrascht. Das Land gilt als Festung. Wir brauchen einen Agendawechsel. Wir müssen deutlich machen, dass wir Zuwanderung wollen. Die USA verschicken Mails, um Werbung für die Greencard-Lotterie zu machen. Jede Botschaft Kanadas ist eine Anwerbestelle. Das fehlt bei uns. Zu glauben, plötzlich sind wir attraktiver, nur weil wir die Einkommensgrenzen für Zuwanderer gesenkt haben, ist naiv. Das allein reicht nicht.

FOCUS Online: Brauchen wir einen neuen Anwerbeservice?

Zimmermann: Wir müssen zwar nicht zurück zu den 60er-Jahren, wo in jeder Botschaft in Südeuropa das Arbeitsamt einen Schreibtisch hatte, um Arbeitskräfte zu rekrutieren. Aber unsere Botschaften sollten weltweit den Auftrag haben, Werbung zu machen.

FOCUS Online: Tun denn die Firmen genug?

Zimmermann: Nein, die Konzerne machen auch ziemlich wenig. Die müssten viel mehr Werbung machen, damit ausländische Arbeitskräfte aufmerksam werden. In den Unternehmen herrscht aber auch meistens nur eine kurzfristige Perspektive vor. Die Chefs denken nicht daran, dass ihnen in ein paar Jahren die Arbeitskräfte fehlen könnten.

FOCUS Online: Bietet das Zuwanderungsgesetz die Voraussetzungen, um Menschen nach Deutschland zu locken?

Zimmermann: Das Gesetz ist nur eine Hülle ohne Inhalt. Es regelt gar nichts. Es regelt weder die kurzfristige Zuwanderung, noch die langfristige. Zwar gibt es Bestimmungen, wer unter welchen Voraussetzungen ins Land kommen darf. Aber alles, was ein modernes Zuwanderungsgesetz braucht, fehlt. Es ist nicht transparent.

FOCUS Online: Was müsste verbessert werden?

Zimmermann: Wir brauchen ein Gesetz, das dauerhafte und kurzfristige Zuwanderung gleichermaßen regelt. Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft. Wir brauchen deswegen generell mehr Menschen. Bei der langfristigen Zuwanderung mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht kann die Regierung stärker eingreifen. Möglich sind etwa eine Quote, die die Zahl der jährlichen Zuwanderer festlegt, und ein Punktesystem, das die Interessenten nach verschiedenen Kriterien wie etwa der Qualifikation bewertet. Wer eine bestimmte Punktzahl erreicht, darf kommen und erhält eine unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung. Die kurzfristigen Arbeitsmarktbedürfnisse sollten aber anders geregelt werden. Das sollte der Arbeitsmarkt selber klären. Wenn jemand einen Arbeitsvertrag hat, soll er kommen dürfen. Er muss dann aber auch wieder gehen, wenn er ihn verliert. So können die Firmen ihren kurzfristigen Arbeitsbedarf decken.